

Wahlprüfstein Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI)

Antworten der FDP Schleswig-Holstein

Frage 1: Wie setzen Sie sich für Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung und eine Beschaffungspraxis, die Menschenrechte und Fairen Handel sichert, ein?

Wir Freie Demokraten bekennen uns ganz klar zu den 17 Nachhaltigkeitszielen („Sustainable Development Goals“ – SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Diese sind auch in der Beschaffungspraxis zu berücksichtigen. Wir haben in der aktuellen Wahlperiode das Vergabegesetz entbürokratisiert und zu einer sinnvollen Harmonisierung der Rechtslandschaft beigetragen. Das schleswig-holsteinische Vergabegesetz wurde an die Bundesvorschriften gemäß dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) angepasst und wir wollen an dem Vergabegesetz festhalten. Bei der konkreten Beschaffung durch die öffentliche Hand wird und muss selbstverständlich weiterhin auf Nachhaltigkeitsaspekte geachtet werden.

Frage 2: Was planen Sie, damit Handelsverträge nachhaltige Entwicklung, demokratische Rechte, Sozial- und Umweltstandards wahren? Wie verhalten Sie sich zu Abkommen mit Investor-Staat-Schiedsgerichten?

Wir wollen, dass Deutschland international zum Fürsprecher des regelbasierten Freihandels wird und den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen vorantreibt. Wir unterstützen die Vereinbarung aus dem Ampel-Koalitionsvertrag im Bund, wonach der regelbasierte Freihandel auf Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards gestärkt werden soll. Um Wohlstand und nachhaltiges Wirtschaftswachstum voranzubringen, bedarf es einer deutschen und europäischen Handelspolitik, die sich gegen Protektionismus und unfaire Handelspraktiken ausspricht.

Frage 3: Werden Sie die Strukturen zur Umsetzung der SDG in SH beibehalten und hinsichtlich der globalen Perspektive SHs weiterentwickeln, wenn Ihre Partei in die Regierungsverantwortung kommt?

Ja, wir werden die bestehenden Strukturen beibehalten und im Dialog mit allen Beteiligten weiterentwickeln.

Frage 4: Laut MPK im Bereich EZ ist es ein wichtiges Anliegen der Länder, Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen zu initiieren, koordinieren und unterstützen. Wie wird Ihre Partei sich dafür einsetzen?

Bildung, Teilhabe und eine wirtschaftliche Perspektive sind weltweit die zentralen Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine wertorientierte Entwicklungspolitik ein, die Chancen ermöglicht und Armut bekämpft. Wir befürworten Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebene und setzen uns entsprechend dafür ein.

Frage 5: Wir finden, dass Visumszugänge für Menschen aus dem globalen Süden für eine gerechte Welt erleichtert werden müssen. Werden Sie als Landesregierung Druck auf die Bundesregierung im Bereich Visa vornehmen?

Wir setzen uns in allen Lebensbereichen für eine freiheitliche und moderne Gesellschaft ein. Religiöse oder ethnische Hintergründe von Menschen sollen keine Rolle dabei spielen, wie sich individuelle Biografien in Schleswig-Holstein entwickeln können. Wir setzen uns für ein tolerantes und weltoffenes Miteinander ein. Jeder soll auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Werte und Gesetze die Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft einzubringen und zu integrieren. Es gilt, klar zu trennen zwischen humanitärer Hilfe und subsidiärem Schutz, den wir Flüchtlingen zuteilwerden lassen und einer transparenten Zuwanderungspolitik. Wir unterstützen eine legale Zuwanderung nach klaren Kriterien. Demzufolge unterstützen wir die Vereinbarungen aus dem Ampel-Koalitionsvertrag auf Bundesebene zu einem Zuwanderungsgesetz, denn Deutschland ist ein Zuwanderungsland und benötigt dementsprechend ein gebündeltes Zuwanderungsgesetzbuch. Wir setzen uns dafür ein, die Visavergabe zu beschleunigen und verstärkt zu digitalisieren.

Frage 6: Welche Bedeutung messen Sie den zivilgesellschaftlichen Bildungsakteur*innen bei & wie werden Sie diese strukturell und finanziell fördern?

Das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte dementsprechend für alle Gesellschaftsschichten zugänglich und breit diskutiert werden. Dazu gehört auch, dass sich bspw. die Kulturlandschaft über das ehrenamtliche Engagement dieses Themas annehmen kann und so für eine ausgewogene gesellschaftliche Diskussion über BNE und deren Ausgestaltung sorgen kann. Deswegen wollen wir das Ehrenamt in der Kultur nachhaltig stärken und unterstützen. Damit das Ehrenamt gut arbeiten kann, braucht es professionelle Unterstützung, um in administrativen, organisatorischen oder fachlichen Belangen unterstützt zu werden. Nach dem Grundsatz „Ehrenamt braucht Hauptamt“ wollen wir Freie Demokraten insbesondere im Bereich der Jugendverbandsarbeit die Strukturen stärken. Aber auch die Ehrenamtsstrategie des Landes soll fortgesetzt und weiterentwickelt werden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Frage 7: BNE-Landesstrategie: Wir fordern ein Gremium aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, welche strategischen Ziele und Aufgaben im Bereich BNE definiert sowie die Entwicklung und die Umsetzung der BNE-Landesstrategie begleitet. Wie steht ihre Partei/Fraktion zu diesem Vorschlag?

Wir wollen die Ziele einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fördern. Mit der Landesstrategie soll BNE an allen Schulen als Querschnittsaufgabe für alle Fächer Beachtung finden. So stellen wir sicher, dass das Thema in den Bildungsinstitutionen fest verankert wird und eine gezielte Umsetzung anhand der beschlossenen Maßnahmen erfolgt. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen für den Unterricht und das Lernen, insbesondere für das Lernen in einer durch digitale Technologien geprägten Welt. Uns als Freien Demokraten ist es wichtig, dass BNE weit gefasst wird und eine breite Palette an Themen und Fragestellungen aufgreift und im Rahmen der Beschäftigung mit Entrepreneurship Education auch den Gründer- und Forschergeist mit einschließt. Dem o.g. Vorschlag stehen wir sehr offen gegenüber.

Frage 8: Wird Ihre Partei die bereits bestehenden Leitprinzipien im Sinne einer zukunftsfähigen, ressourcen-schonenden, bäuerlichen Landwirtschaft umzusetzen und erweitern?

Wir Freie Demokraten werden die Biodiversitätsstrategie des Landes sowie die Landesstrategien zum Biologischen Klimaschutz und zum Bodenschutz gemeinsam mit allen Beteiligten umsetzen und nach einer Evaluation ggf. anpassen. Die Ergebnisse des Dialogprozesses „Zukunft der Landwirtschaft“ in Schleswig-Holstein wie auch die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft auf Bundesebene haben das Potenzial, eine gute Basis für eine Landwirtschaft zu bilden, die zukunftsfähig ist, uns weiterhin mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln versorgt und gleichzeitig hohe Wertschätzung in der Bevölkerung genießt. Die Ergebnisse der Dialoge werden die Leitlinie für unsere Agrarpolitik sein. Kooperative Vertragsnaturschutzprogramme und die Allianz Gewässerschutz wollen wir fortsetzen.